

Vormärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Sinowjew befiehlt Ueberfälle!

Moskauer Parole: Ein bißchen Revolution — aber nicht zu sehr!

Der sozusagen geistige Leiter der kommunistischen Partei Deutschlands ist — mangels geeigneter Kräfte im Inland — Sinowjew, der Vorsitzende der kommunistischen Exekutive in Moskau. Seine Aufgabe ist es, die deutschen Arbeiter auf den richtigen Weg der Weltrevolution zu führen und sie sowohl vor „rechten“ wie vor „linken“ Abweichungen zu beschützen. Die frühere Führerschaft der Partei ist bekanntlich wegen ihrer „rechten Abweichungen“ vor ein paar Monaten an die Luft gefeiert worden, aber auch der jetzige jugendliche Führer, Werner Scholem, hat schon wieder wegen einiger „linken Abweichungen“ ein paar kräftige Maulschellen kleinlaut einstecken müssen.

Jetzt veröffentlicht die „Rote Fahne“ das allein gültige Moskauer Rezept, enthaltend den richtigen Mittelweg, der schnurgerade und sicher zur Weltrevolution führt. Es ist ein Brief Sinowjews an den „illegalen“ Stuttgarter Parteitag und ein geradezu klassisches Dokument des Unsinns, zu dem es führt, wenn das Verhalten einer Partei von Leuten kommandiert wird, die von den inneren Verhältnissen des Landes, in dem jene Partei arbeitet, gar keine Vorstellung haben.

Sinowjew feiert in seinem Sendschreiben den Sieg des linken Flügels in der KPD als ein Symptom der wachsenden Radikalisierung, doch fügt er vorsichtig hinzu:

Über wehe uns, wenn wir diese Symptome übersehen würden, wenn wir das Gewünschte als schon Vorhandenes erachten würden. Wenn wir annehmen würden, daß die Mehrheit des deutschen Proletariats schon jetzt bereit ist, unter der Führung des linken Flügels der KPD, sich in den Kampf zu stürzen. Das ist noch nicht der Fall. Arbeiten, um das Ziel zu erreichen, ist die Hauptaufgabe der Partei.

Jeder logisch denkende Mensch müßte aus einer solchen Feststellung die Folgerung erwarten, daß voreilige Kraftproben vermieden werden müssen, daß die kommunistische Partei sich hüten müsse, ihre Karten voreilig aufzudecken, daß sie nicht das Leben und die Freiheit von Arbeitern in Experimenten riskieren dürfe, die selbst nach der authentischen Moskauer Auffassung als verfrüht erscheinen. Aber das gerade Gegenteil ist der Fall. Sinowjew bringt es fertig, folgendes zu erklären:

Die Bewaffnung der Arbeiter bleibt die wichtigste Aufgabe der Partei. Die vergangene Periode hat uns auf diesem Gebiet einige Erbschaften hinterlassen. Jedoch das, was bisher gemacht wurde, ist nur ein Tropfen ins Meer. Das Streben der deutschen Arbeiter zur Bewaffnung ist vorhanden. Eine der wichtigsten Aufgaben der Partei muß es sein, dieses Bestreben zu befriedigen. Ohne überflüssigen Lärm, in sachlicher Weise, muß die Partei diese Aufgabe fördern, Kräfte und Mittel nicht schonend.

Die Partei muß jetzt verstehen, an der Erstickung der roten Hundertschafien zu arbeiten, und zwar an solchen, die nur aus Parteimitgliedern bestehen, und auch an solchen, an denen auch andere revolutionäre Arbeiter teilzunehmen. Die Partei muß ein für allemal begreifen, daß die roten Hundertschafien nicht auf die Beine gebracht werden können, wenn wir sie nur als eine Organisation auffassen, welche lediglich zur Zeit der revolutionären Feiern, d. h. in den Momenten von allgemeinen Streiks usw., erscheinen. Es ist unbedingt notwendig, den deutschen Arbeitern den Gedanken beizubringen, daß die roten Hundertschafien auch im alltäglichen Kampf nötig sind. Nur in dem Maße, wenn wir die roten Hundertschafien an den Gedanken gewöhnen, daß sie die Demonstrationen der Arbeiter vor den Angriffen der Reichswehr schützen, die hervortragenden Kämpfer vor den Verhaftungen vertheidigen, diese oder jene Ueberfälle zum Zwecke der Bewaffnung der Arbeiter usw. unternehmen, nur so können die roten Hundertschafien unter der Arbeiterschaft feste Wurzeln fassen. Die roten Hundertschafien müssen in der Liebe der Arbeiter selbst, in den Betrieben und Fabriken verankert werden. In diesem Falle werden sie auch für die bürgerlichen Behörden unantastbar.

Also was die Kommunisten an Waffen besitzen, ist „nur ein Tropfen ins Meer“. (Als sie im Oktober v. J. die Weltrevolution, von Sachsen ausgehend, ankündigten, hatten sie in Sachsen 600 Gewehre, die ihnen mittlerweile abgenommen worden sind.) Aber die „roten Hundertschafien“ sollen nichtsdestoweniger — „ohne überflüssigen Lärm!“ — in den „alltäglichen Kampf“ gestellt werden, sie sollen sich auf Kämpfe mit der Reichswehr einlassen, die über die modernste Bewaffnung verfügt, und sie sollen — Ueberfälle auf Waffenlager unternehmen! All dies „ohne überflüssigen Lärm“ in der Erkenntnis, daß die vorhandenen Waffen nur „ein Tropfen im Meer“ sind und daß man nicht glauben dürfe, die Zeit zur Weltrevolution sei schon gekommen. Denn sonst — „wehe uns!“

Das Größte dieser Angelegenheit ist, daß diese genialen Anweisungen in aller Form feierlich im Amtsblatt der Partei publiziert werden. Sicher ist es allein dieser Umstand, der die „Rote Fahne“ verhindern wird, morgen von einer „schamlosen Fälschung“ durch den „Vormärts“ zu reden. Dieser Umstand gibt zugleich der Gegenseite die Gelegenheit, nicht nur die Pläne

der Kommunisten vollkommen überschauen, sondern auch in größter Bequemlichkeit und Ruhe ihre sicheren Gegenmaßnahmen treffen zu können.

Jeder Zusammenstoß zwischen kommunistischen Arbeitern und den bewaffneten Organen der Staatsgewalt muß zur schwersten Niederlage der ersten führen, das gilt auch Sinowjew zu, indem er ihre vollkommene Unterlegenheit anerkennt. Aber bei jedem Zusammenstoß werden die Organe der Staatsgewalt sich darauf berufen können, daß die Schuld nicht an ihnen liege, sondern an den Kommunisten und den ihnen aus Moskau erteilten Anweisungen. Unter solchen Umständen wird jeder Versuch der Kommunisten, sich als die zu Unrecht Angegriffenen hinzustellen, und der Gegenseite die Schuld zuzuschreiben, aussichtslos werden.

Am aller tollsten ist die von Sinowjew öffentlich gegebene Anweisung, Ueberfälle auf Waffenlager zu unternehmen. Damit werden auf der einen Seite die Behörden aufgefordert, die Waffenlager viel schärfer als bisher bewachen zu lassen, auf der andern Seite werden arme dumme Jungen dazu verleitet, gegen diese Waffenlager und ihre zur höchsten Wachsamkeit gereizte Besatzung blindlings anzugreifen. Jeder Mensch, der kein kompletter Idiot ist, wird sich an seinen Fingern ausrechnen, was dabei herauskommen kann.

Der Verdacht läßt sich nicht unterdrücken, daß die „Rote Fahne“ mit ihrer Veröffentlichung Zwecke verfolgt, die Herrn Sinowjew nicht ganz freundlich sind. Der Moskauer Papst ist nämlich, wie schon erwähnt, den neuen „linken“ Führern der KPD empfindlich auf die Hühneraugen getreten. Jedemfalls beweist die Veröffentlichung, gleichviel was ihr Zweck gewesen ist, klar, wie wenig gerade dieser Sinowjew berufen ist, „andere“ „linke Abweichungen“ und „linke Phrasen“ vorzuerwerfen. Der große Moskauer Führer darf den Anspruch erheben, jeden deutschen Unterführer an Dummheit und Gewissenlosigkeit zu übertreffen.

Die Kommunisten haben jetzt zu den Wahlen ein Plakat herausgebracht, das auf der einen Seite die „Stimmfront“, auf der anderen Seite die kommunistische Front zeigt und die Wähler auffordert, sich am 4. Mai zwischen diesen beiden Fronten zu entscheiden. Das ist — obgleich die kommunistischen Arbeiter mit Waffen abgebildet sind, die sie nicht besitzen — eine ganz grobe „rechte Abweichung“, die den Anschein erweckt, als ob durch den Stimmgott, durch die Demokratie, für die kommunistische Front entschieden werden könnte, während doch nach der kommunistischen Heilslehre der Stimmgott gar nichts und der Schicksalsprügel alles entscheidet. Diese Heilslehre beruht freilich auf einem fundamentalen Irrtum, denn besäße die KPD, auch alle Waffenlager der ganzen Welt, so könnte sie doch nicht regieren, weil ihr die geistigen Kräfte dazu vollständig fehlen. Sie hat nichts als Rubel, sie weiß nichts als Phrasen, sie kann nichts als sich lächerlich machen.

Die Behörden sollen keine Dummheiten begehen. Sie sollen das Sendschreiben Sinowjews nicht verbreiten. Sie sollen es lieber plakatieren und als Flugblatt verbreiten. Wer dann noch kommunistisch wählt, müßte auf seinen geistigen Gesundheitszustand untersucht werden.

Der Fall Hölz.

Unglückliche Ausredeversuche.

Die „Rote Fahne“ veröffentlicht eine Erklärung von Max Hölz, in der er die Richtigkeit des vom Genossen Fritsch abgefassten Protokolls über ein Gespräch mit ihm bestreitet. Die Bestreitung beweist aber nichts anderes, als daß Hölz nur wieder versucht, sich auf die andere Seite zu legen, da er bemerkt, wie sehr er es durch seine Auslassungen mit den Kommunisten verschüttet hat. Der Versuch des Hölz, die Aussagen unseres Genossen Fritsch zu bestreiten, scheitert nicht nur an der größeren Glaubwürdigkeit unseres Genossen, sondern auch an dem Umstand, daß sich Hölz zu anderen Personen in gleichem Sinne geäußert und auch in seiner handschriftlichen Eingabe an den Amnestieauschuß dieselben Aufstellungen niedergelegt hat, wie er sie in der Unterhaltung mit Fritsch zum besten gab.

Hölz bestreitet insbesondere gefagt zu haben: „Ich habe geäußert, und deshalb büße ich jetzt.“ In seiner handschriftlichen Eingabe heißt es:

Gewiß, ich habe mich gegen die Befehle verhalten, und ich darf nicht jammern, wenn dafür Vergeltung an mir geübt wird. Aber für das, was ich wirklich und tatsächlich an den Befehlen geübt habe, habe ich physisch und seelisch schon schwer gelitten. Ich habe in vielem geirrt.

Und weiter:

Schon vor meiner Verhaftung habe ich begreifen gelernt, daß die Voraussetzungen, unter denen ich meine Handlungen beging, den Tatsachen und ihren Zusammenhängen nicht entsprechen.

Und an einer anderen Stelle:

Ich bedauere aufs tiefste, daß ich Handlungen beging, die nicht nur viele Menschen schädigten, sondern die auch der Idee schaden, der ich damit zu dienen glaubte.

Die „Rote Fahne“ hat bisher ihren Lesern kein Wort von dem mitgeteilt, was in jener Eingabe zu lesen war. Auch jetzt geht sie um diesen schwierigen Punkt herum wie die Katze um den heißen Brei, indem sie bemerkt:

Der Raummangel verhindert uns, schon in dieser Nummer auf die Eingabe des Genossen Max Hölz an den Reichsamnestieauschuß vom 17. Februar, die der „Vormärts“ infolge eines Amnestieversagens- und Vertrauensbruchs abdrucken konnte, ausführlich einzugehen. Wir werden die Erklärungen des Genossen Max Hölz zu seiner Eingabe in einer der nächsten Nummern zum Abdruck bringen, damit jeder Arbeiter erfahren kann, wo die Wahrheit und wo die Verleumdung zu suchen ist.

Die moralische Entrüstung über „Amstvergehen und Vertrauensbruch“ kleidet niemand besser als die „Rote Fahne“. Sie ist aber ganz unsinnig, da Eingaben an den Amnestieauschuß keine geheimen Urkunden sind. Die Eingabe und das Protokoll des Genossen Fritsch waren uns schon längst zu informativischen Zwecken zugänglich gemacht. Wir veröffentlichten sie erst, als die KPD, mit ihrem groben Schwindel herauskam, Max Hölz zu ihrem Reichspropagandisten zu erklären. Die Eingabe ist, wie schon gesagt, von Hölz mit eigener Hand geschrieben und von uns buchstabengetreu wiedergegeben.

Jetzt will Hölz seine vielfach bekundete Einteilung und Bußfertigkeit dahin interpretieren, daß er nur von den Methoden der KPD abgerückt sei. Er erklärt in der „Roten Fahne“:

Ich bekenne ganz freimütig (zu Fritsch, Red. d. „R.“), daß ich bedauere, überhaupt die spezifischen Methoden der KPD, jemals angewendet zu haben, und erkläre auch, daß ich tatsächlich eine Zeitung auf dem Standpunkt stand, ich könne und müsse durch Sprengung von Gebäuden, von Gerichten und anderen den lau gewordenen Kampfeswillen der Arbeiter aufs neue entfachen. Ich lagte auch Fritsch, daß ich mich gerade durch diese verfehlten Methoden in Gegensatz zur KPD gebracht hätte, die mit Recht diese Kampfmittel verwerfe.

Auch dieser Deutungsversuch wird durch die Eingabe klar widerlegt. Hölz kennzeichnet sich durch sein Verhalten als ein Mann, der keinen Augenblick gerade stehen kann, der weder zu seinen Taten noch zu seinen Worten steht. Er ist ein unglücklicher, haltloser Mensch. Nur der Versuch der KPD, ihn als einen Helden und Führer hinzustellen, bot uns veranlaßt, ihn als das zu zeigen, was er ist.

Die Tscheka.

Die „Rote Fahne“ leugnet.

Die Enthaltungen über die kommunistische Tscheka, von der auch wir am Sonnabend Notiz nahmen, behandelt die „Rote Fahne“ nach dem in solchem Falle üblichen Schema. Sie stellt fest, daß die ganze Sache das Nachwerk von Polizeispißeln sei. Die in den Berichten genannten Reumann, Boege und Genossen hätten „niemals irgendwelche Aufträge von irgendwelchen Stellen der KPD“ gehabt. Reumann sei nichts anderes als ein Agent provocateur, der sich in die Reihen der KPD eingeschlichen habe und gegen den seit langem dringender Verdacht bestand. Dieser sei nun bestätigt durch die Zusammenarbeit mit Boege, von dem die „Rote Fahne“ behauptet, er sei nichts anderes als ein Parteimitglied bekanntes Mitglied der Organisation C., also der Eberhard-Brigade!

Eine solche Behauptung würde glaubwürdiger klingen, wenn die Kommunisten nicht selber die Illegalität ihrer Organisation zum Dogma erhoben hätten, wenn sie nicht offiziell und immer wieder den bewaffneten Aufstand predigten, und wenn sie nicht dauernd alle Gewalttaten, die von ihren Anhängern verübt werden, öffentlich gebilligt hätten. So wie die Dinge aber liegen, kann niemand mit gutem Gewissen die Kommunisten von dem gegen sie erhobenen Verdacht reinigen. Es ist eine unbestreitbare Tatsache, daß in der „Kommunistischen Partei Deutschlands“ die verschiedensten Elemente durcheinander und nebeneinander wirken, daß, wenn die deutsche Zentrale irgendetwas beschließt und veranlaßt, die turkistanischen Sendboten von sich aus ihre eigene Organisation aufziehen und arbeiten lassen. Die KPD, die den mitteldeutschen und den Hamburger Aufstand auf dem Gewissen hat, die überall und immer wieder Waffen und Sprengstoffe beschaffen läßt, um sogenannte „Leitkämpfe“ herbeizuführen, hat alles Recht darauf verloren, daß man ihrer Ablehnung noch irgendwie ernstnehmen könnte. Sie hat sich in zahllosen Verbindungen so lässig und treulos erwiesen, daß auch ihre jetzige Ablehnung lediglich als eine verlogene Ausrede gewertet werden kann.

Bisher 14 Mitglieder verhaftet.

Zu der durch die gemeinsame Arbeit der Berliner und Stuttgarter politischen Polizeibehörden erfolgten Aufdeckung einer kommunistischen Tscheka in Deutschland erfahren wir noch, daß

sich die Zahl der verhafteten Mitglieder dieser kommunistischen Geheimorganisation auf 14 erhöht hat. Sieben davon, mit dem Kommunisten Fritz Neumann an der Spitze, befinden sich im Gewahrsam der Stuttgarter Polizeibehörden, der Rest, darunter der eigentliche Leiter „Heimrich“ alias Gureff, sind in Berlin in Haft. Hier befindet sich auch der bei einem Mitglied der Tscheka beschlagnahmte Koffer mit Giften und Bakterienkulturen, die zur „Erledigung“ von Verrätern in der Partei oder besonderer politischer Persönlichkeiten dienen sollten. Die Sprengstoffe, Dummgeschosse und sonstigen Waffen, die man bei der Tscheka gefunden hat, hat die Stuttgarter Polizei in Gewahrsam. Die Angelegenheit beschäftigt bereits den Oberreichsanwalt.

Aufgestörte Wespen.

Entrüstung der Reichspressen über den Regierungsanruf.
Wie zu erwarten war, hat der Wahlausruf der Reichsregierung im Lager der Deutschnationalen gewirkt, als wenn jemand in ein Wespennest greift. Aufgeschreckt umschwärmen die reaktionären Wespen den Angreifer und stechen von allen Seiten auf ihn los.

Die „Deutsche Tageszeitung“ spricht schon in der Ueberschrift von „Demagogie der Reichsregierung“ und behauptet, daß der Reichskanzler und der Außenminister „jeden sachlichen unparteiischen Standpunkt vermissen lassen und, ohne Rücksicht darauf, ob die internationale Stellung Deutschlands dadurch verschlechtert wird, sich bei ihren Ausführungen nur von agitatorischen parteitaktischen Gesichtspunkten leiten lassen“. Das Blatt spricht weiter von „unverantwortlicher Schönfärberei“, von einem „offenkundigen Versuch der Irreführung“, von „direkten Lügen“, von „grober Täuschung des deutschen Volkes und davon, daß eine „größere Entstellung der Ansichten und Absichten der Reichsparteien und zugleich ein unverantwortlicher Optimismus kaum denkbar“ sei. Die Regierung, insbesondere der völksparteiliche Minister Stresemann, versuche durch diesen Aufruf „einen nach links orientierten illusionshungrigen, erfüllungswilligen, leicht einzuschüchternden Deutschen Reichstag für weitere vier Jahre zu schaffen“. Dafür wollen die Deutschnationalen aber einen „zu jedem Opfer entschlossenen Reichstag“ wählen. Diese Opfer, zu denen die „Deutsche Tageszeitung“ bereit ist, sollen selbstverständlich von den anderen getragen werden!

Die „Kreuz-Zeitung“ bezeichnet den Wahlausruf der Regierung als eine „unzulässige Beeinflussung der Wählerschaft“, beschuldigt das Zentrum und die Deutsche Volkspartei, insbesondere die letztere, daß sie „die bürgerliche Sache verraten“ hätten und deshalb „marxistisch verfeuert“ seien. Die „Deutsche Zeitung“ meint, daß dieser Weg der Wahlagitatorik, wie ihn die gegenwärtige Reichsregierung eingeschlagen, selbst für das revolutionäre Deutschland noch neu sei. Sogar die Sozialdemokratie, als sie in der Macht war, habe bei aller Wahlbeeinflussung doch immer noch die Form zu wahren gewußt. Den Marx- und Stresemann-Parteien sige das Wasser offenbar so hoch an der Kehle, daß sie auch die letzte Rücksicht beiseite werfen. Nach Meinung dieses völksparteilichen Blattes müßte das Wahlprüfungsgericht die ganze Reichstagswahl vom 4. Mai wegen dieses Aufrufes für ungültig erklären.

Selbstverständlich fehlt in diesem Chorus auch die Hugenberg-Scherl-Pressen nicht. „Der Tag“ versichert, die Regierung Marx wäre in diesem Aufruf zum erstenmal original geworden: „Das war nämlich bisher noch nicht da im parlamentarisch regierten Deutschland, daß die Regierung die Güter ihrer Politik auf offenem Markte im Chorus ausrufe und die zuhörenden Wählermassen auffordert: Nur hereinpaziert, meine Herren und Damen, hier ist zu sehen die einzig richtige Politik. Der Konkurrent da drüben ist ein Verräter...“ Freilich müßten die Minister „mit Böwennut die Sessel verteidigen“, auf denen

sie sitzen. Aber die Reichsregierung verwechselte sich mit dem Vaterland...

Das Herausgeben eines Wahlausrufes durch die Reichsregierung ist allerdings im nachrevolutionären Deutschland bisher unbekannt geblieben. Aber gerade die Deutschnationalen und Völkischen haben am allerwenigsten Ursache, sich über eine solche Tatsache aufzuregen, denn ihnen sollte doch in Erinnerung sein, daß gerade zu Zeiten der von ihnen so hochgepriesenen wilhelminischen Regierungsform die damaligen Regierungen an öffentlicher Wahlbeeinflussung das Menschenmögliche fertig gebracht haben. Von dem Feindler Bismarck gar nicht zu reden, in dem das Eingreifen des Kanzlers in die Wahlkämpfe schon sozusagen zum selbstverständlichen Inventar gehörte!

„Das parlamentarische Ziel.“

Die Deutschnationalen für Erfüllungspolitik.

Die „Deutsche Tageszeitung“ und die „Deutsche Zeitung“ sehen ihre Kampagne gegen die Deutschnationale Freiheitspartei fort. In der „Deutschen Tageszeitung“ macht bei dieser Gelegenheit Chefredakteur Paul Baedeker recht interessante Eingeständnisse. Er sagt, die Deutschnationale Freiheitspartei sei nicht nur außenpolitisch, sondern auch innenpolitisch eine Gefahr, da sie die Bildung einer bürgerlichen Mehrheit und einer bürgerlichen Regierung bedrohe, und bemerkt dazu:

Hier tritt ganz klar vor Augen, daß jede Stimme, die in der heutigen Lage einer Partei zufällt, welche grundsätzlich den Eintritt in eine Koalitionsregierung ablehnt, die Bildung einer bürgerlichen Mehrheit und Regierung gefährdet. Gerade die Landwirtschaft aber ist, gleichviel wie die Entscheidungen der nächsten Zeit fallen, auf das dringendste daran interessiert, daß durch den neuen Reichstag eine Regierung zustande kommt, in der sie selber eine ihrer Bedeutung entsprechende Stellung als Subjekt der Gesetzgebung und Verwaltung hat. Jeder Landwirt, der seinem eigenen Berufsstande wirklich helfen will, sollte deshalb nicht den geringsten Zweifel haben können, wenn er am 4. Mai seine Stimme geben kann und wenn er sie nicht geben darf, ohne mit den großen nationalen Belangen auch die eigenen Belange der Landwirtschaft zu gefährden.

Da Volkspartei und Zentrum keinen Zweifel darüber gelassen haben, daß sie auch nach den Wahlen die Erfüllungspolitik im Rahmen des Sachverständigenrats fortsetzen werden, ist eine Koalition mit diesen Parteien nur auf Grund einer Außenpolitik der Verständigung denkbar. Chefredakteur Baedeker erklärt demnach, daß die Deutschnationale Partei bereit ist, Erfüllungspolitik zu betreiben, und er unterstreicht das, indem er sagt, die Deutschnationalen müssen sich an der Regierung beteiligen, „gleichviel, wie die Entscheidungen der nächsten Zeit fallen“.

Für Helfferich einen Vorberater. Für die Erben Ministerportefeuilles in einem „Kabinett der Erfüllung“!

Roheit als Werbemittel.

Völkisch-kommunistische Schönheitskonkurrenz.

Die Deutschnationale Freiheitspartei veranstaltete am Sonntag vormittag im Blüthneraal eine Versammlung, in der Resentien und Wille sprachen. Die Versammlung war zum größten Teil von Jugendlichen im Alter von 15 bis 20 Jahren besucht. Sie erschienen zum Teil in Verbänden mit Bindfäden, schwarz-weiß-roten Halentanzhemden und Hitler-Abzeichen.

Kommunistische Sprengtruppen hatten vor Beginn der Versammlung die Jugenngassen zum Blüthneraal besetzt und griffen die deutschnationalen Versammlungsteilnehmer an. Dasselbe Schauspiel wiederholte sich nach Schluß der Versammlung. Die Kommunisten erreichten zeitweise die Stärke von etwa 800 Mann, doch konnten sie durch die Ausschreitungen durch die bald nach Beginn des Tumults in nötiger Stärke zusammengezogene Schupo verhindert werden.

eine Sorge im Blut liegt, wie die sexuelle Frage zum Segen für das weibliche Geschlecht gelöst werden soll.

Aber gibt es wirklich für die Frauen von heute nur diese Sorgen? Annemarie von Nathusius sollte einmal bei proletarischen Frauen anfragen und mit ihnen Fühlung zu nehmen versuchen. Sie würde höchst erstaunten Gesichtern begegnen und Frauen finden, die nicht fassen können, daß Sexuelles Sozialem gleichzusetzen sei. Freilich in dem Roman „Der Befreier“ werden auch soziale Fragen angeschnitten, aber immer nur ein wenig und oben herab. Indessen gibt der Roman doch die Hoffnung, daß auch Annemarie von Nathusius die große und oft so grausame Welt der Proletarierfrauen verstehen lernen wird. Am Schluß des Buches geht die Heldin allem Komfort aus dem Wege und zieht mit dem geliebten Mann, einem Sohn des Volkes, in die Einde, um zu leben. Das nächste Buch der Schriftstellerin wird uns hoffentlich ihre endgültige Befreiung von allen obliegen Schläfen schildern. Nur dann erst, selbst eine Befreite, kann sie wirklich eine wertvolle Helferin im Kampf um die Befreiung der Frauen werden.

Intendanz und Chorführerstreik. Die Generalverwaltung der Staatstheater teilt in einem Rundschreiben mit, daß der Streik des Chor- und Ballettpersonals endgültig zum Abschluß gekommen ist. Kündel habe den Chor künstlerisch erregt, Terpis das Ballett. Beide Gruppen würden gekündigt aus der Krise hervorgehen. Wofür allerdings der Beweis zu erbringen wäre. Im Handumdrehen läßt sich kein künstlerisch geschulter, sicherer, kantpörscher Chor für eine Oper zusammendrängen. Es ist wahrscheinlicher, daß man aus der Rot eine Untugend gemacht hat und viele Augen und Ohren bei den Reueangewandten juckte. Das wird sich bald zeigen, vielleicht rächen. Eine Renouierung des Ballettpersonals, eine Modernisierung dieses gesamten choreographischen Materials wäre allerdings dringend notwendig. Doch darf das nicht vom bequemem Sprungbrett eines Streiks aus geschehen. Der Antrag der Intendanz und des Kultusministeriums, zuerst Forderungen bedingungslos anzunehmen und dann in Verhandlungen einzutreten, war unhaltbar. Ihre Existenz zu retten, sprang ein großer Teil der Streikenden vom Streik ab und stellte sich der Intendanz zur Verfügung. Dann stoppte sie. Die der Verband mittelt, sind gerade die künstlerisch hochwertigsten Sänger und Tänzer, die Kerntruppen des Chors und Balletts, fest in den Händen der Streikleitung. Wie haben schon einmal betont, daß eine Verständigung möglich sein mußte, zumal die Staatsoper künstlerisch nichts mehr an Kredit verliert darf. Zum hochwertigen Drehstern gehört ein hochwertiger Chor. Die Streikenden werden an anderen Opern besser besoldete Stellen finden. Von Herrn Dr. Seig, dem einstigen Sonditus des Verbandes der Chorführer, jeglichem Referenten im Kultusministerium, allerdings hätte man etwas anderes erwarten müssen, als die Ablehnung von Verhandlungen und den Stroh ins Hintertreiben. Wie sind der Krisen endgültig überdrüssig. Ihre Hand in den nicht Gewehr bei Fuß, können Staat und Künstlerische, beamtete Menschen miteinander auskommen. Das sei die Lehre dieses Streiks!

Die reaktionäre Presse versucht aus der Angelegenheit eine große Sache zu machen und die Deutschnationalen als die unhandlichen Unschuldlammer hinzustellen. Dazu fehlt jede Berechtigung. Die Deutschnationalen in Bayern sind es gewesen, die die Rede des Terrors gegen Andersginnige aufgebracht haben. Die rohen Angriffe auf Juden in den Straßen Münchens, die Angriffe auf Gewerkschaftshäuser und sozialdemokratische Zeitungen, die blutigen Verfalls in der Nähe von Nürnberg und anderorts, die Attentate auf die „Münchener Post“ und unser Parteiorgan in Münster, der prämierte Vandalismus vom 9. November in der Sprache eine deutsche Sprache. Wer selbst Gewalt predigt und Gewalt übt, hat kein Recht sich darüber zu beklagen, wenn ihm Gleiches mit Gleichem vergolten wird.

Der Geist, der die im Blüthneraal verammelten Mitglieder der Deutschnationalen Freiheitspartei beherrschte, ist nicht besser als der Geist der kommunistischen Sprengkolonnen, unter denen sie zu leiden hatten. So dürfte der Nationalsozialist Sinek unter stürmischem Beifall erklären: „Die Erwerbslosen sind Parasiten und Faulenzer, die an die Arbeit gepöckelt werden müssen!“ Denselben Beifall erhebe ein weiterer: Reuber, der zum Bogrom aufforderte und sich rühmte, in München mit der Finte in der Hand die Margitenbände bekämpft zu haben. Die deutschnationalen Freiheitspartei lernte diese edle Gesinnung auch gleich in die Tat um, indem sie einen Krüppel, der Zwischentuse machte, mißhandelte.

Auf dem Blüthneraal stand also Knüppel wider Knüppel, mit dem Unterschiede, daß sich die kommunistischen Knüppel als die härteren erweisen.

Nur der hat ein Recht dazu, die Verfalls am Blüthneraal zu verurteilen, der den deutschnationalen Geist mit derselben Energie bekämpft wie den kommunistischen, und der es ein für allemal ablehnt, Rohheitsakte als Heldentaten zu feiern.

Bei den Zusammenstößen wurden einige Deutschnationale verletzt. Die Verwundeten wurden von Dr. Marcus verbunden. Ein 17-jähriger völkischer Fahnenträger, der einen Respektlich erhielt, wurde in das Elisabeth-Krankenhaus eingeliefert.

Der Transport von Reparationskohle.

Ein Abkommen der deutschen Rheinreederei.

Paris, 27. April. (WZ.) Nach einer Meldung der Agence Havas aus Düsseldorf haben die Besatzungsbehörden mit einer Gruppe deutscher Rheinreederei ein Abkommen über den Transport von Reparationskohle abgeschlossen. Es handelt sich um die von den Ruhrgruben selbst als Füllstoffe betriebenen oder früher mit ihnen assoziierten Schiffsahrtsgesellschaften, die über ein Drittel der deutschen Rheinflotte darstellen. Die deutschen Unterzeichner haben sich nach Havas verpflichtet, bis zu 120000 Tonnen nach Straßburg oder 350000 Tonnen nach Rotterdam und Belgien zu verschiffen. Das Abkommen soll Gültigkeit bis zu dem Zeitpunkt haben, wo zwischen den Regierungen eine umfassende Verständigung über die von Deutschland zu sichernden Transportleistungen erzielt ist. Ein ähnliches Abkommen ist mit einer Genossenschaft getroffen worden, die sich aus Besitzern von je einem oder zwei Rheinfahrern zusammensetzt.

Ein Appell der Internationale.

Paris, 28. April. (WZ.) Der Sekretär der Sozialistischen Internationale Franz Adler hat an die französische sozialistische Partei einen dringenden Appell gerichtet, dafür sorgen zu wollen, daß im besetzten Gebiet die Schwierigkeiten beseitigt werden, die die sozialistische Partei bei der Wahlkampagne bilden. Eine große Anzahl von Kandidaten, die als Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre ausgewiesen worden seien, hätten nicht die Erlaubnis erlangt, während der Wahlzeit zurückzukehren. „Populaire“, der das Schreiben Adlers veröffentlicht, erklärt, das einzige, was er tun könne, sei, daß er die gesamte republikanische Presse auffordere, der französischen Regierung und der öffentlichen Meinung den Ernst der Lage darzulegen. Wenn Poincaré noch länger die Wahlfreiheit paralysiere, werde Deutschland nationalistisch wählen.

Die Theaterkritiker zum Lode der Duse. Der Verband der Berliner Theaterkritiker hat anlässlich des Todes von Eleonora Duse folgende Beileidsurkunde an den italienischen Volkstheater gerichtet:

„Der Verband der Berliner Theaterkritiker bittet Sie, den Ausdruck seines Beileids an dem Verlust, den Italien und mit ihm die ganze kunstempfindliche Welt durch den Tod von Eleonora Duse erlitten haben, entgegenzunehmen.“

Wie die Bewunderung und Dankbarkeit für geniales Wirken, so kennt auch die Trauer um die geniale Persönlichkeit keine staatlichen Grenzen, sondern erfüllt die weite Welt, deren Leben durch die Kunst erhöht wird, mit gemeinsamer schmerzlicher Empfindung. Unser Verband, dessen Mitglied Sie die Aufgabe haben, den Sinn für die Kulturbedeutung des Theaters lebendig zu erhalten und Herzen und Augen der Menschen für originale Größe empfänglich zu stimmen, betrauert in Eleonora Duse ein unvergeßliches Vorbild der hochgeschätzten Schauspielerei, eine Künstlerin von unvergleichlicher Innlichkeit der Kraft und vollendetem Adel künstlerischen Willens.

Die Vorstellung von hoher und reiner Kunst der Menschenherstellung wird in unserem Kreise immer mit Ihrem Gedächtnis und Ihrem Namen verknüpft bleiben.“

Das Wiederfinden des „verlorenen Sohnes“. Einem ergreifen den Vorgang, der ein einzigartiges Schauspiel im Schauspiel darbot, wohnte die Besucher eines Vorstadtheaters von Tokio vor kurzem bei. Es wurde ein Stück mit dem Titel „Der Abschied der Mutter“ gegeben. Eine Frau, die bei dem letzten Erdbeben in Japan ihren dreizehnjährigen Sohn verloren hatte, wurde von dem Titel eigenartig angezogen und ging mit einem dunkeln Gefühl, daß dieser Theaterbesuch für sie eine besondere Bedeutung haben werde, in den Zuschauerraum. Sie hatte vergebens nach ihrem Kinde gesucht, das sie beim Ausbruch des Feuers in ihrem Hause während des Erdbebens nicht mehr hätte retten können. Auf dem Höhepunkt der Handlung auf der Bühne, als die Mutter von ihrem Sohn Abschied nimmt, erkannte die Frau plötzlich den Knaben, der die Rolle des Sohnes spielte, an der Stimme als ihren eigenen verlorenen Sohn. Bevor man sie aufhalten konnte, stürzte sie auf die Bühne und rief den Knaben mit einem Ausruf an sich. Die meisten Zuschauer glaubten, daß es sich hier um einen besonderen Trick der Regie handelte. Erst die Verwirrung, die auf der Bühne entstand, zeigte, daß da ein Drama des Lebens gespielt wurde und nicht mehr Theater. Die Frau konnte durch verschiedene Merkmale nachweisen, daß es sich wirklich um ihr verlorenes Kind handelte, und meinent vor Freude, verließ sie mit dem wiedergefundenen Sohn das Theater.

Das einzige Universitäts-Theater-Museum Deutschlands, das Museum in Kiel, erhält ein neues großes Heim. Der frühere Staat hat das frühere Anatomiegebäude für das Universitäts-Theater-Museum zur Verfügung gestellt.

Die 14. Internationale Kunstausstellung wurde in Venedig eröffnet. Die Vorbereitungsausstellung, nach einer offiziellen Statistik hatte Anteilnahme am 11. März 1908 885 Einwohner, davon 656 781 Mohammedaner, 279 751 Griechen, 78 407 Armenier und 56 890 Juden.

Frauen und Frauen.

Von Karl Fischer.

Die Forderung der Gleichberechtigung und Gleichstellung der Frau mit dem Mann auf wirtschaftlichem, politischem und sozialem Gebiet ist von der Sozialdemokratie stets verfolgt worden. Der Erfolg war freilich leider nur ein geringer. Einen Sieg brachte der Frauenbewegung erst die Resolution durch Verleihung des aktiven und passiven Wahlrechts an die Frauen, einen Sieg allerdings nur auf einem, wenn auch auf einem wichtigen Frontabschnitt. So galt es und gilt es noch heute, eine Menge von Fragen zufriedenstellend für alle Frauen zu beantworten, Probleme zu lösen. Unter den Vorfechterinnen der Frauenrechte steht seit ein paar Jahren in erster Reihe Annemarie von Nathusius, eine Frau mit leidenschaftlichem Temperament, eine Schriftstellerin mit fleißiger Feder, der man allerdings manchmal mehr Mäßigung im Stil, weniger Pathos und Ueberschwang wünschen muß. Sie kommt vom hohen, „hoffähigen Adel“, sie ist ein Zweig einer Adelsfamilie, die ihren größten Erfolg immer darin gesehen hat, ganz besonders stark und reaktionär zu sein.

Gabrielle Reuter, die ruhigere und abgeklärte Kollegin der Nathusius, jene Gabrielle Reuter, die vor langen Jahren schon den Mut gehabt hat, „ein Kind ganz allein für sich zu bekommen“, weiß in ihren Lebenserinnerungen allerhand Gebäuliches und Erdärmliches von dem Dunkel der Familie Nathusius zu erzählen. Nach einer sonnigen und verwehnten Kindheit, die Annemarie von Nathusius in zarten und zärtlichen Farben in dem Romanband „Heimot“ schildert, wird sie verheiratet, entläßt dem nur von antimännlichen Instinkten und Trieben beherrschten hochadligen Ehemann, wird von ihm verfolgt, soll ins Irrenhaus gesteckt werden, damit der „Skandal“ und der „Rakel“ von der abhigen Sippe ferngehalten wird, schlägt den Verfolger ein Schnippchen und lebt als Schriftstellerin in Berlin mit der ausgesprochenen Tendenz, die Frauen von allen Feilsen spießbürgerlicher Engherzigkeit und bürgerlicher Borniertheit zu befreien.

Aber Annemarie von Nathusius hat eigentlich nur immer ein Gebiet, auf dem sie gräbt, nur eine Parole, die sie immer wieder predigt, sowohl in ihrem Roman „Ich bin das Schwert“, der ihre bunte und bewegte Lebensgeschichte erzählt, in der Erzählung „Gros“, wie in dem neuesten Roman „Der Befreier“, der auf nachrevolutionärem Boden spielt und politische Personen, die allen noch im Gedächtnis sind, deutlich und erkennbar genug zeichnet. Bei ihr dreht das Problem: wie stellt sich die Frau zur sexuellen Frage, wie muß sie leben und handeln, um nicht unter der Begehrlichkeit des Mannes zu leiden, an seinem Unverständnis allen diesen Dingen gegenüber zugrunde zu gehen. In immer wieder neuen Schattierungen und neuen Variationen wird dieses Thema abgehandelt, und immer werden uns Frauen vorgeführt, denen nur die

Morgans Bedingungen.

Seine Anleihe vor Annahme des Sachverständigenplanes.

Paris, 27. April. (WZ.) Zu den Besprechungen Pierpont Morgans in Paris schreibt „New York Herald“: Wir sind in der Lage, festzustellen, daß keine Einzelheiten der geplanten internationalen Anleihe auch nur zur Sprache gekommen sind, da diese von anderen internationalen Faktoren, insbesondere davon abhängen, daß in ganz Europa ein allgemeiner guter Wille bewiesen werde. Morgan soll erklärt haben, daß mit der Uebernahme eines sehr erheblichen Teiles an der ersten Anleihe von 800 Millionen Goldmark durch Amerika gerechnet werden könne, wenn man in den Vereinigten Staaten die Ueberzeugung besäße, daß die Allierten und Deutschland in einem neuen Geiste freundschaftlichen Zusammenwirkens sich auf den Dawesschen Plan geeinigt hätten. Indessen hänge viel davon ab, in welcher Form diese Einigung zustandekommt und inwieweit die Regierungen die Absicht bekunden, auch in Zukunft Frieden zu halten. Morgan ist wie die englischen und französischen Bankiers der Ansicht, daß über den Zeitpunkt der Auslieferung irgendwelcher Anleihen für Deutschland nicht sofort eine Entscheidung getroffen werden kann, da sie von einer Sonderregelung abhängig ist, die die Zustimmung Deutschlands haben muß. Es verläutet, daß der amerikanische Finanzmann auch darüber keinen Zweifel gelassen hat, daß er seinen vor zwei Jahren als Vorsitzender des Bankierkomitees in Paris eingenommenen Standpunkt nicht geändert hat. Als Voraussetzung für die Unterbringung von Reparationsobligationen auf dem internationalen Markt verlangte er damals eine allgemeine Regelung sämtlicher interallierter Anstimmigkeiten einschließlich der Frage der interallierten Schulden.

„Chicago Tribune“ hebt hervor, daß Morgan restlose soziale Durchführung der Dawesschen Vorschläge ohne politische Änderungen und Erklärungen verlangt habe.

Paris, 27. April. (EP.) Morgan ist gestern abend nach London abgereist, wo er mit dem Gouverneur der Bank von England, Montagu Norman über die deutsche Anleihe von 800 Millionen Goldmark eine Besprechung haben wird. Es ist wahrscheinlich, daß er nachher wieder nach Paris zurückkehrt, um seine Unterhandlungen mit Sir John Bradbury und Barthou fortzusetzen.

Die belgischen Vertreter in Paris.

Paris, 28. April. (WZ.) Theunis und Hymans haben den gestrigen Abend auf der belgischen Botschaft zugebracht und auch dort mit dem belgischen Delegierten in der Reparationskommission Delacroix und seinen Mitarbeitern verhandelt. Die Besprechung der belgischen Minister mit Poincaré wird am Quai d'Orsay um 10 Uhr vormittags beginnen.

Zu den Verhandlungen der Minister Theunis und Hymans mit Poincaré schreibt „Echo de Paris“, es sei wahrscheinlich, daß die Entscheidung, die die Reparationskommission am Dienstag treffen werde, nicht unvereinbar mit der sofortigen Eröffnung direkter Verhandlungen mit den Kabinetten von London, Rom und Brüssel sei. Obgleich Poincaré an seinem Standpunkt festhalte und keine endgültigen Verpflichtungen übernehmen wolle, solange er nicht völlig aufgeklärt sei über das, was die Reparationskommission unternimmt, verschiebe sich von selbst, daß er nicht so weit gehen werde, einen offiziellen Meinungsaustrausch abzulehnen, da er sich sonst von den bevorstehenden Verhandlungen in Chequers ausschließen würde.

London, 28. April. (WZ.) Wie der Brüsseler Berichterstatter der „Times“ mitteilt, ist man in belgischen Regierungskreisen der Meinung, daß die Antworten der französischen und der britischen Regierung an die Reparationskommission nicht zu der Hoffnung einer schnellen Verständigung berechtigen. Nach der Ansicht der belgischen Regierung dürfe jedoch kein Mittel unversucht bleiben, um für die Ausgabe der deutschen Auslandsanleihe eine günstige Klimosphäre zu schaffen; denn eine Verzögerung oder Beschränkung der Anleihe würde ernste Rückwirkungen auf die praktische Bewerkstelligung der übrigen Sachverständigenvorschläge zeitigen.

Kompromiß in der Sanktionsfrage?

Paris, 27. April. (EP.) Dem „New York Herald“ zufolge erklärt man in gutunterrichteten französischen Kreisen, daß in der Sanktionsfrage ein Kompromiß bevorstehe. Frankreich werde auf die Annahme eines von vornherein bestimmten Sanktionsplanes verzichten, behalte sich jedoch keine Aktionsfreiheit: im Falle neuer Verfehlungen Deutschlands vor. In diesem Falle würde es ihm überlassen bleiben, allein oder mit den übrigen Alliierten die Ruhr von neuem zu besetzen. Unter diesen Umständen hält man es für möglich, den Pion Dames sofort durchzuführen und den ersten Teil der Anleihe, d. h. 200 Millionen Goldmark zum 1. Juni auszugeben.

Paris, 28. April. (WZ.) Der englische Botschafter hat Poincaré gestern ein Schriftstück überreicht, das eine authentische Auslegung der Rede enthält, die Ramsay MacDonald vergangenen Sonntagabend in York gehalten hat. Dieses Schriftstück führt aus, wenn Deutschland sein Wort nicht halte, sei die britische Regierung bereit, im Einvernehmen mit den Verbündeten eine kräftige Aktion zu unternehmen. Der „Temps“ bemerkt dazu: Es wäre unter diesen Umständen überflüssig, Verhandlungen über eventuelle Strafmaßnahmen vor dem Eintritt deutscher Verfehlungen zu eröffnen, denn man dürfte nicht außer Acht lassen, daß die Frage der Strafmaßnahmen überhaupt nur einen Teil des Problems ausmache.

Beruhigung an der Börse.

Die Börse eröffnete heute zunächst in etwas unsicherer Haltung. Auf verschiedenen Märkten lagen wieder umfangreiche Verkaufsaufträge vor. Im weiteren Verlaufe trat jedoch eine etwas freundlichere Tendenz hervor. Die Lage des Geldmarktes hat sich insofern etwas gebessert, als die reichliche Versorgung der Banken für den Umlauf doch weiter über den Bedarf hinausging. Infolge dessen wird gerade aus diesen Kreisen jetzt Geld zu verhältnismäßig niedrigen Sätzen in größeren Beträgen angeboten. Ob dieses Angebot länger vorhalten wird, erscheint zweifelhaft. Immerhin beeinflusste diese Wendung die Kaufkraft der Spekulation ganz erheblich. Es trat vor allem für die in den letzten Tagen stark gedrückten schweren Montanwerte wieder ein lebhafteres Interesse hervor. Einen günstigen Eindruck auf die Börse macht auch das Zustandekommen des Rediskontrahes der Goldtreibbank mit amerikanischen Finanzgruppen. Es verläutet außerdem, daß Dr. Schacht auch von englischer Seite Versprechungen erhalten hätte, die über den ursprünglich in Aussicht gestellten Rediskontrah weiter hinausgehen. Beruhigend wirkte das befriedigende Ergebnis des Barclearing für Ende April an der Metallbörse. Im Devisenverkehre zeigten sich keine wesentlichen Veränderungen.

In der Preuger Benutzungsangelegenheit wurde die Unterbindung beim Disziplinargericht beantragt. Die Anklage wird in der ersten Kammer erhoben werden.

Proletarische Feierstunden.

Der Geist dieser Tage, die Bedeutung des 1. Mai, die Wichtigkeit der Wahlen am 4. Mai, alles das flieg hinein in die gestrigen proletarischen Feierstunden im Großen Schauspielhaus durch die Sprache des Genossen Artur Crispian. Von der Entwicklungsgeschichte der Erde ging er aus, er sprach von der Bedeutung des Klimas für die Vegetation, und er stieß in diese naturwissenschaftlichen Betrachtungen ein kleines Stück Welt- und Menschengeschichte. Die Menschen haben es verstanden, zu herrschen auf der Erde, sie haben sich alle Erfindungen und Großtaten der Technik dienstbar gemacht, aber sie haben noch immer nicht gelernt, sich ihr Schicksal selbst zu zimmern, ihr soziales Los zu verbessern. Der 4. Mai ist wieder ein Tag, ist wieder eine solche günstige Gelegenheit für uns, das Schicksal selbst in die Hand zu nehmen und zu bestimmen, ob man sogenannte gottgewollte Abhängigkeit und Dürftigkeit, ob man Anrecht auf oder Freiheit will. Die wirkungsvolle Rede Crispians schloß mit der eindringlichen Mahnung an die Versammelten, am 4. Mai auf dem Posten zu sein, damit die Reaktion nicht froh ihr Haupt erhebt.

Das weit-rund des Großen Schauspielhauses war dicht besetzt. Feiertag trauften die Orgelstimmen durch den Raum und vermählten sich zu einer wunderbaren Harmonie, der man lange, lange hätte lauschen mögen, mit dem Gelächel von Professor Wittenberg. Der Berliner Sängerkorps unter Leitung des Chorleiters Reid leitete mit mehreren Liedern über zu der wichtigen Darstellung des erregenden Gedichts „Hunger“ von Behold. Bruno Schön-Lank's Weibspiel „An die Erde“ machte den Beschluß. Wie ein Kreuzgebälde ertönte die „Internationale“ und beendete diese Stunden, die Feiertag und Weibtag zugleich sind, die erheben über den grauen höllischen Alltag hinaus in eine Welt, in der das Wort: „Der Mensch ist gut!“ wahr ist.

„Spanner“ bei der Arbeit.

Das Treiben gefährlicher Mädchenjäger im Grunewald.

Eine gefährliche Gesellschaft macht seit einiger Zeit den Grunewald wieder unsicher, besonders die Gegend um den Bahnhof herum. Dort sind wieder sogenannte Spanner an der Arbeit, die es auf Diebespärgen und harmlose Spaziergänger abgesehen haben. Diese Wülfinge beobachten mit dem Fernglas den Wald und machen sich an Mädchen heran, die sie einlam oder weggehen oder auch auf einer Bank sitzen sehen. Bößlich lauschen sie auf, stellen sich als Kriminalbeamte vor und veruchen, die Mädchen von ihren Begleitern zu trennen, um sie gleich in ihre Gewalt zu bekommen. Jetzt ist es gelungen, einen dieser Wülfinge zu fassen.

Wieder wurde ein junges Paar von einem Manne gestört, der „Kergernis“ genommen haben wollte. Dem jungen Manne, der seinen Ausweis verlangte, erwiderte der angebliche Kriminalbeamte, er werde sich auf der Wache legitimieren. Sein Anjinnen, das Mädchen allein mitgehen zu lassen, wies der Begleiter entschieden ab. Während der Verhandlungen aber erfuhr der Spanner die Adresse des Mädchens. Jetzt ließ er beide gehen mit dem Bemerkten, daß Strafzettel erlangen werde. Am nächsten Tage erhielt das Mädchen einen Brief, der „Schulze, Kriminalwachmeister“ unterzeichnet war. Er erinnerte sie an das Zusammentreffen vom Tag vorher, bekannte, daß ihm das Mädchen leid tue und versicherte, daß er bereit sei, es vor einer öffentlichen Bloßstellung zu bewahren. Zu dem Zwecke sei aber eine Besprechung nötig, um so mehr, als eine Anzeige schon laufe, und das Mädchen möge sich deshalb abends um 8 Uhr auf dem Bahnhof Grunewald einfinden. Das Paar wandte sich an die Kriminalpolizei, und einrot Beamte des Sonderbezirks fuhren mit hinaus. Aus einiger Entfernung vom Bahnhof beobachtete ein Mann, der einen Fledermaus mit seinem Opernglas das Gesandte. Als er das Mädchen allein kommen sah, glaubte er sich sicher und näherte sich ihr. Es war der Spanner. Er wurde sofort von den Beamten festgenommen und als ein 30 Jahre alter Kaufmann erkannt, der sich in guter Stellung befindet. Wie er selbst bekennt, und wie auch nach Aussagen der Bahnbeamten hervorgeht, treiben es in der Gegend des Bahnhofes Grunewald nach 5 bis 6 Mann, die sich gegenseitig nicht kennen, ebenja. Bei der Kriminalpolizei waren bereits wiederholt Klagen und Anfragen eingegangen, aber immer nur von Opfern, die den Fernsprecher benutzen und ihren Namen nicht angeben wollten. Es wäre nun aber sehr erwünscht, daß sich alle, die in dieser Weise belästigt worden sind, umgehend bei Kriminalkommissar Strewe im Polizeipräsidium melden.

Seine Frau erschossen.

Der flüchtende Täter von einem Schupwachmeister erschossen.

Aus bisher noch unbekanntem Gründen erschoss gestern abend der 29 Jahre alte Händler Paul Kern, der sich wohnungslos in Berlin aufhält, seine 34 Jahre alte Ehefrau Friede geborene Quade aus der Pörsburaer Straße 50. Den Pörsburaer hat gestern abend gegen 11 Uhr ein Mann auf, der ausgerastet vor dem Hause Andreasstraße 64 auf- und abging. Wählich trat er auf eine dahertretende Frau zu, zog einen Trommelrevolver und gab mehrere Schüsse auf diese ab. Schwer verletzt brach die Betroffene zusammen. Darauf flüchtete der Täter. Ein Überwachmeister, der zum Dienst ging, kam gerade am Latort vorbei und sah den Flüchtenden. Er rief ihn mehrmals holt zu, doch ohne Erfolg. Der Beamte machte nun von seiner Dienstpistole Gebrauch und gab einen Schuß ab, der Kern so schwer traf, daß er ebenfalls auf der Stelle zusammenbrach. Beide Betroffenen wurden nach dem Krankenhaus Friedrichshain gebracht, verstarben aber schon auf dem Wege dorthin. Gestern muß allerdings noch die Frage werden, ob der Polizeibeamte das Recht hatte, ohne Warnungsschuß den Flüchtenden gleich über den Haufen zu schießen. Ueber das Ehepaar Kern konnte bisher folgendes ermittelt werden: Es lebte schon lange Zeit in dauerndem Zwist. Wiederholt kam es nicht nur zu Streit, sondern auch zu Tätlichkeiten von beiden Seiten, bei denen die Frau einmal sogar zum Beil griff. Im Oktober v. J. verließ Frau Kern ihren Mann und zog zu Bekannten in der Petersburger Straße 55. Auch hier führte Kern, der allererst Handelsgehilfe betrieb und viel trank, während seine Frau mit Lumpen handelte, wiederholt heftige Szenen auf, indem er versuchte, seine Frau aus der Wohnung herauszuwerfen. Eine besondere Rolle spielte dabei auch Eifersucht, die er gegen einen Sohn der Familie hegte. Endlich kam es dann zur Katastrophe, als er seine Frau in der Andreasstraße aufsaute.

Häuserverwahrlosung.

Was jetzt in Berlin den Bewohnern der Mietskasernen manchmal als „Wohnung“ zugewidmet wird, davon können die Mühsaligen, die noch selbstlich erhaltene Wohnräume haben, sich keine Vorstellung machen. Daß die Tapeten vom Sonnenlicht ausgezogen sind und sich von den Wänden lösen, auf den Dielen der Fußböden kaum noch eine Spur von Farbe zu bemerken ist, die Herrlichkeit der Decken jedem Reinigungsversuch trotz — alles das sind Mängel, die man noch erträglich finden mag. Schlimmer ist es schon, wenn die morschen Rahmen der Fenster nicht mehr schließen und den kalten Wind durch die Spalten pfeifen lassen, wenn Ofen und Kochherd abdruckeig sich neigen und giftiger Qualm den Aufenthalt in Stube und Küche lebensgefährlich macht. Aber zu dem Schlimmsten gehört, was die Bewohner der obersten Stockwerke auszustehen haben, wenn das Hausdach beschädigt ist und den strömenden Regen durchläßt. Bei lange andauernden Regengüssen, wie wir sie in den letzten Wochen hatten, bringt das die Bodenplatten überflutenden Wasser durch die Decken in die Wohnungen, so daß — es ist kein Scherz, sondern bitterer Ernst — manchmal

Schäffeln, Eimer und Wannen aufgestellt werden müssen, um die tropfende Masse aufzufangen. Zu den Mietskasernen, in denen über verfallene Zustände geklagt wird, gehört auch die Mietskasernen Nordstraße 53. Man muß gehen haben, welche Feuchtigkeit das vom Hausboden durchgehende Wasser an den Wohnwänden, den Wänden und ihren Tapeten angerichtet hat, um sich vorstellen zu können, wie die Bewohner einer solchen Wohnung zu leiden haben. Wüsterliche Regenfälle misstehen die Decke, die nasse Wand ist mit Schimmel bedeckt, die Tapete hängt in Fetzen herunter, die Möbel müssen durch aufsteigende Dampfen vor den fallenden Tropfen geschützt werden. Ein Teil der Verfallenen ist in diesem Hause auch darauf zurückzuführen, daß in der Wochensche der Zementfußböden undicht ist, so daß Spülwasser durch die Decke der darunterliegenden Wohnung dringt und die erst vor kurzem reparierte Decke schon wieder beschädigt wurde. Der Eigentümer dieser Mietskasernen wohnt natürlich nicht selber in ihr, sondern hat seine Wohnung in einer vornehmeren Gegend, in der Augsburger Straße. Gesundheitsamt, Baupolizei und Wohnungsamt sind durch Bekundete von den belagerten Mietskasernen in Kenntnis gesetzt worden. Haben sie nicht die Macht, gründliche Reparaturen herbeizuführen?

Reichstagswahlen und Beamte.

In einer öffentlichen Beamtenversammlung des Bezirks Tiergarten sprach Genosse Falkenberg, Vorsitzender des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes, über „Die Reichstagswahlen und die Beamten“. Sicht vor der Wahl, erwiderte alle Parteien ihr beamtenfreundliches Herz. Die Beamten dürfen sich nicht von einer Schlagwortpolitik einfangen lassen, die die Befreiung von roten Ketten verspricht, im übrigen aber nur auf den Stimmzettel reflektiert. Die Politik der Sozialdemokratie ist stets darauf bedacht gewesen, ein gesundes Berufsbeamtenum zu erhalten. Das läßt sich aber nicht auf die Art machen, wie es die Regierung mit dem Ermächtigungsgesetz tat, indem ohne Ziel und Plan einfach die Beamten entlassen wurden, sondern durch eine Erziehung zum Staatsbürger, der sich in seiner Eigenschaft als Beamter dem Volksganzen verpflichtet fühlt. Alle Abänderungsanträge der Sozialdemokraten zum Ermächtigungsgesetz hat die Regierung unter Zustimmung der bürgerlichen Parteien durch die Reichstagsausführung erledigt, ein Beweis dafür, wie wenig die Parteien für die Beamten zu haben sind. Die Sozialdemokratie hat sich die Aufgabe gestellt, die Beamten aus ihrer privatwirtschaftlichen Denkart herauszubringen und sie zu einer staatspolitischen Auffassung im Sinne der Republik zu bringen. Im Reich und Staat muß in der Politik die Berufsmasse maßgebend sein, sonst besteht keine Möglichkeit, unser Volk aus dem Unheil herauszuführen. Die Sozialdemokratie fordert eine gesunde, großartige Außenpolitik auf der Grundlage der Erfüllung und Verständigung. Deshalb gehören ihr die Stimmen am 4. Mai. Die Ausführungen Falkenbergs fanden großen Beifall.

Wen wählen die Juden?

Gegenüber dem Treiben der Antisemiten haben die Juden sich in den letzten Monaten mehr gerührt und manche Versammlung zum Zweck der Abwehr veranstaltet. Es ist begreiflich, daß sie jetzt eine Stellungnahme zu den Reichstagswahlen nicht nur als Staatsbürger, sondern auch als Juden für nötig halten. Am Sonntag hatten die jüdischen Wähler und Wählerinnen in Berlin neun vom „Zentralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens“ einberufene Versammlungen, in denen die Frage erörtert wurde, für welche Parteien ein Jude sich entscheiden kann. In der größten dieser Versammlungen, die in den „Sophienkämern“ stattfand und sehr stark besucht war, sprachen Reichsanwalt Dr. Bruno Weil, Rabbiner Dr. Max Wenzl und Präsidenten des Stern. Die rechtliche Sachlichkeit, mit der sie die gegen die Juden gerichteten Angriffe zurückwiesen, ließ in sehr beachtenswertem Gegenlag zu dem rohen Beschimpfe, das den meisten Antisemiten ein unentbehrliches Werkzeug ist. Dem genannten Verein, der politisch neutral ist, gehören Mitglieder verschiedener politischer Parteien an. Aber es verstand sich von selbst, daß in den Versammlungen die Rede nur die Partei ausgeben konnten: Wählt, wenn ihr nach eurer Ueberzeugung wählen zu müssen glaubt — doch stimmt nur für eine Partei, die nicht antisemitisch ist.

Ein Vorkämpfer für die Feuerbestattung.

Fünfzig Jahre sind vergangen, seit der Verein für Feuerbestattung gegründet wurde. Am Sonntag feierte er in Berlin die fünfzigste Wiederkehr seines Geburtstages durch eine Festigung im großen Sitzungssaal des Reichsjustizministeriums. Die Festrede hielt Sanitätsrat Dr. W. Wegscheider, der Ehrenvorsitzende des Vereins. Er gedachte der Widerstände, die der Verein zu überwinden hatte, als er vor fünfzig Jahren seine Arbeit begann. Das erste Krematorium Deutschlands wurde im Jahre 1878 in Göttingen eröffnet, und lange Zeit blieb es für Deutschland das einzige. Berlin erhielt das erste Krematorium im Jahre 1912 auf dem Gemeindefriedhof an der Gerichtstraße. Die erste Urnenhalle wurde schon vor Jahrzehnten auf dem Gemeindefriedhof von Friedrücksplatz errichtet. Heute gibt die Feuerbestattung vielen Millionen so sehr als eine Selbstverständlichkeit, daß selbst die Kirche sich mit ihr hat abfinden müssen. Es ist besonders den später aus der Arbeiterklasse heraus entstandenen großen Feuerbestattungsvereinen zu danken, daß die Anhänger der Feuerbestattung sich so außerordentlich gemehrt haben.

Weiter für morgen.

Berlin und Umgebung. Sehr mild, vorübergehende Trübung und Regen, dann wieder Aufbiterung, ziemlich lebhafte westliche Winde.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Die Sammelliste zur Reichstagswahl Nummer 2436 ist der 117. Abteilung bei der Firma Herrmann entnommen worden. — Sollte versucht werden, darauf noch weiter zu sammeln, dann ist diese Liste sofort anzuhalten und uns der Vorgesetzte bekanntzugeben. J. U. Ullrich Pagels.

17. Kreis Tübingen. Sitzung Ordner Treffpunkt 6 1/2 Uhr, in der Schule Marktstr. 10-11.
18. Ekt. Brutt. Montag abend 8 Uhr. Funktionärkonferenz bei Dietrich, Steinmüller Str. 35.
19. Wkt. Charlottenburg. 8. Gruppe: 7 1/2 Uhr. Café Büchmann, Steinbühlstr. 26. 9. Gruppe: 8 1/2 Uhr. Café Büchmann, Steinbühlstr. 26. 10. Gruppe: 9 1/2 Uhr. Café Büchmann, Steinbühlstr. 26. 11. Gruppe: 10 1/2 Uhr. Café Büchmann, Steinbühlstr. 26.
20. Wkt. Prenzlauer Berg. Montag, den 28. April (morgen) abends 8 Uhr, bei Witten, Reichsvereinsammlung. Eröffnen der Funktionäre und Bildabend im Bild.
21. Wkt. Tiergarten. Montag, den 28. April abend 7 1/2 Uhr. Café Büchmann, Steinbühlstr. 26. außerordentliche Parteiverammlung.

Öffentliche Versammlungen!

Heute, Montag, den 28. April, abends 7 1/2 Uhr:

- Wkt. Mitte. Generalversammlung, Haus Friedrichstr. 35.
- Wkt. Charlottenburg. (1. Wkt.) Schiller Weg, Berlin. (2. Wkt. Wilmersdorf-Bahnhof). (3. Wkt.) Wilmersdorf-Bahnhof. (4. Wkt.) Wilmersdorf-Bahnhof. (5. Wkt.) Wilmersdorf-Bahnhof. (6. Wkt.) Wilmersdorf-Bahnhof. (7. Wkt.) Wilmersdorf-Bahnhof. (8. Wkt.) Wilmersdorf-Bahnhof. (9. Wkt.) Wilmersdorf-Bahnhof. (10. Wkt.) Wilmersdorf-Bahnhof.
- Wkt. Prenzlauer Berg. Montag, den 28. April (morgen) abends 8 Uhr, bei Witten, Reichsvereinsammlung. Eröffnen der Funktionäre und Bildabend im Bild.

Öffentliche Frauenversammlungen.

Heute, Montag, den 28. April, abends 7 1/2 Uhr:

- Wkt. Mitte. (1. Wkt.) Schiller Weg, Berlin. (2. Wkt.) Wilmersdorf-Bahnhof. (3. Wkt.) Wilmersdorf-Bahnhof. (4. Wkt.) Wilmersdorf-Bahnhof. (5. Wkt.) Wilmersdorf-Bahnhof. (6. Wkt.) Wilmersdorf-Bahnhof. (7. Wkt.) Wilmersdorf-Bahnhof. (8. Wkt.) Wilmersdorf-Bahnhof. (9. Wkt.) Wilmersdorf-Bahnhof. (10. Wkt.) Wilmersdorf-Bahnhof.

